

Nein zum Krieg: Keine Waffenlieferungen und kein Wirtschaftskrieg. Russische Anti-Kriegs-Bewegung stärken!

Antragsstellende: Nils Böhlke, Hannes Draeger, Jules El-Khatib, Lennart Beeken, Siham Bouroum

Wir verurteilen die Mitte September von Putin verkündigte Teilmobilmachung. Sie ist eine Reaktion auf Geländeverluste der russische Armee und die massive Unterstützung der Ukraine durch den Westen und damit eine weitere Stufe der Eskalationsspirale, die dringend durchbrochen werden muss.

Trotz einzelner militärischer Erfolge der Ukrainischen Armee geht der Zermübungskrieg weiter.

Mehr und mehr droht durch den Zerfall der russischen Einflussnahme der Region eine Neubewertung diverser Konflikte. Der aserbaidjanische Angriff auf Armenien und der Konflikt zwischen Moldawien und Russland um Transnistrien ist wieder angefacht.

Sogar die Gefahr einer nuklearen Eskalation wird immer größer.

Wir verurteilen den Krieg Russlands gegenüber der Ukraine ohne Wenn und Aber. Seit einem halben Jahr fallen Bomben und schlagen Granaten ein, sterben ukrainische Zivilist*innen und einfache Soldaten auf beiden Seiten der Front, während die Aktienkurse der Rüstungsindustrien in Ost und West steigen.

Es ist nicht nur ein Krieg in der Ukraine, sondern auch ein Krieg um die Ukraine. Der schon länger andauernde Machtkampf zwischen Russland und dem Westen um geopolitische Interessen und Einflussphären ist zu einem Wirtschaftskrieg geworden, unter denen die Völker weltweit leiden. Die Grünen betätigen sich hierbei als rechter Flügel der Bundesregierung. Außenministerin Baerbock spricht davon, „Russland ruinieren“ zu wollen. Wirtschaftsminister Habeck erklärte hinsichtlich neuer Sanktionen „noch einmal nachladen“ zu wollen.

Längst koordinieren die Verteidigungsminister von u.a. EU- und NATO-Staaten ihre Waffenlieferungen, Trainingsmaßnahmen und Sanktionen. Eine Verteidigungs-Kontaktgruppe stimmt sich eng ab.

<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/lambrecht-treffen-ukraine-defence-contact-group-5494048>

Schauen wir nach acht Monaten Krieg mit nüchternen Blick auf die Bilanz der Sanktionen, müssen wir feststellen: Die Sanktionen haben zwar Russlands Industrie schweren Schaden zugefügt, sie haben aber Putins Machtapparat nicht geschwächt und den Krieg nicht beendet. Stattdessen leidet in Russland die einfache Bevölkerung unter Arbeitsplatzverlust und Preissteigerungen, während Gazprom in Folge des Wirtschaftskrieges Rekordgewinne einfährt.

Die Sanktionen des Westens sind Wasser auf die Mühlen von Putins nationalistischer Propaganda und helfen dem Regime dabei, die Bevölkerung hinter sich zu versammeln. Ein eigentlich unpopulärer Krieg Putins kann von ihm als Verteidigung gegen westliche Einmischung umgedeutet werden. Das macht es der russischen Antikriegs-

Bewegung noch schwerer, Widerstand aufzubauen als es durch die Repressionsapparate ohnehin ist. Dabei ist es vor allem dieser Widerstand, der Putin stoppen kann.

Unter den Sanktionen leiden die Menschen weltweit: Die westlichen Sanktionen gegen den russischen Transport- und Finanzsektor sowie die Energiepreisspirale haben zu einer gefährlichen Knappheit von Düngermittel geführt. Der Düngermangel führt zu einem massiven Einbruch der Agrarproduktion in Afrika und anderen Regionen. Hungerkatastrophen sind die Folge.

Gleichzeitig sind die vom Westen verhängten Sanktionen zu einem Bumerang geworden. Um den Druck auf den Westen zu erhöhen, stoppt Russland die Gaslieferungen nach Deutschland, was hier zu massiven Preissteigerungen führt und die sozialen Verwerfungen vergrößert. Millionen Menschen wissen nicht, wie sie zukünftig ihre Energierechnungen bezahlen sollen. Hinzu kommen steigende Preise für Lebensmittel, die in der Bundesrepublik im Vergleich zum Sommer 2021 um 16,6 Prozent gestiegen sind.

Doch statt eine breit angelegte diplomatische Initiative für einen Waffenruhe zu starten, gießt die Ampel-Regierung weiter Öl ins Feuer. Angeheizt durch ein medial erzeugtes militaristisches Grundklima werden immer neue schwere Waffenlieferungen in die Ukraine genehmigt.

Selbst von Sozialdemokraten wird unterdes unverhohlen die militärische Führungsrolle Deutschlands eingefordert. Wie Konservative es schon seit den frühen 90er Jahren wollen, fordert Verteidigungsministerin Christine Lambrecht eine dauerhafte Erhöhung der Bundeswehr-Ausgaben mit dem Ziel einer militärischen Führungsrolle Deutschlands: Deutschland soll wieder zur Großmacht hochgerüstet werden, um weltweit eigene ökonomische Interessen militärisch durchsetzen zu können.

Die Aufrüstung der Bundeswehr trägt weder zur Minderung des Leids in der Ukraine noch zu einer friedlicheren Welt bei.

Im Gegenteil ermutigt Lambrechts Ruf nach „kampfbereiten Streitkräften“ weitere deutsche Auslandseinsätze wie in Afghanistan oder Mali, die Krieg und Tod statt Frieden gebracht haben.

Wir sagen NEIN zu Großmachtfantasien, Aufrüstung und Krieg!

Als LINKE kämpfen wir für einen Kurswechsel

Für einen Waffenstillstand in der Ukraine und den Abzug der russischen Truppen.
Nein zu Waffenlieferungen.

Nein zum Wirtschaftskrieg und Nein zur Aufrüstung.

Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die gegen Krieg und die Folgen des Krieges weltweit kämpfen. Den Menschen, die Nein zu Nationalismus und Militarismus sagen

und die ihre sozialen Rechte einfordern und gegen die gestiegenen Lebenshaltungskosten protestieren.

Wir unterstützen alle Menschen, die vor dem Krieg fliehen – als Geflüchtete und als Deserteure und setzen uns für deren Recht auf Asyl und Freizügigkeit ein.